

Aus dem Inhalt
Verdienst im öffent-
lichen Dienst unter
dem der Privatwirt-
schaft (S.2) | Gemein-
den sparen bei den
Beschäftigten (S.2/ 3)

newsletter

Gemeinden

WIR-
SIND-ES-
WERT.DE

ver.di

NRW
Fachbereich
Gemeinden

Ausgabe 3 | März 2012

vorab



Mehr Lohn tut gut!

Kräftige Lohnsteigerungen tun not für die Beschäftigten. Mehr Lohn in Deutschland hilft aber auch, die wirtschaftliche Krise in der Europäischen Union zu beenden

Beim Vergleich der Lohnentwicklung seit der Euroeinführung ist Deutschland Schlusslicht in Europa. Diese Situation hat sich jetzt geändert, allerdings vor allem wegen der

verheerenden Lohnentwicklung in vielen anderen Ländern. Dieser Kurs lässt Nachfrage und Wachstum in den betroffenen Ländern sinken. So wird zwar möglicherweise

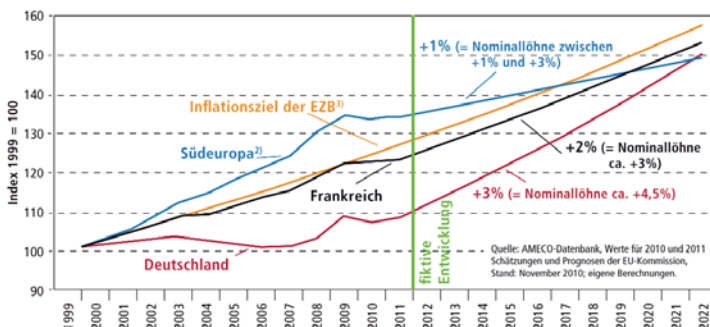
auch eine Annäherung bei den außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten erreicht, allerdings zulasten der Lebensbedingungen der Mehrheit der Bevölkerung. Eine Spirale nach unten droht. Das ist größtes Risiko für die konjunkturelle Entwicklung der Eurozone.

Die Lösung sind kräftige Lohnsteigerungen in Deutschland. Dazu ist es notwendig, den verteilungsneutralen Spielraum nicht nur auszuschöpfen, sondern in Deutschland darüber hinaus gehende Lohnsteigerungen zu erreichen. So kann die Umverteilung zugunsten der Kapitaleinkommen wieder

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Kolleginnen und Kollegen, angesichts unserer Tarifforderung von 6,5 Prozent und mindestens 200 Euro zertet der Verhandlungsführer der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände Thomas Böhle. Für ihn sind unsere Forderungen wegen der Verschuldung der Kommunen völlig inakzeptabel. So werden die Beschäftigten der Kommunen in Haftung genommen für eine nicht durch sie verursachte Finanzsituation. Seit vielen Jahren fordern die Arbeitgeber Entgeltzurückhaltung. Dabei sinken die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer seit zehn Jahren. Das gilt auch für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. In den unteren Entgeltgruppen ist längst erkennbar, dass die Kolleginnen und Kollegen immer häufiger auf Nebentätigkeiten zurückgreifen müssen, um ihre Familien durchzubringen. Die offensichtlichen Ungerechtigkeiten führen zu Zorn. Den bringen wir gemeinsam auf die Straße, wenn die Arbeitgeber am Verhandlungstisch keine Verhandlungsbereitschaft zeigen.



Michael Wiese, Landesfachbereichsleiter Gemeinden, ver.di NRW



In den Zahlen von Ameco, der Statistikbehörde der Europäischen Union, sind die sinkenden Löhne in Südeuropa, vor allem in Griechenland, noch nicht in Gänze berücksichtigt. Trotzdem bleibt die Grafik insgesamt richtig. Nominal-löhne rauf um 4,5 Prozent: So lautet der Vorschlag zur Lösung der Eurokrise.
¹ Index der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten 1999 = 100, ab 2012 fiktiv für Deutschland +3%, für Südeuropa +1%, für Frankreich +2% jährlich;
² Griechenland, Portugal, Spanien und Italien; ³ Preisanstieg von 2%.

⇒ zurückgeführt und die Lohnkostennachteile der anderen Euro-Staaten können abgebaut werden, ohne diese zu Lohnkürzungen zu zwingen. Der Chefökonom der UN-Organisation für Handel und Entwicklung, Heiner Flassbeck, und seine Kollegin Friederike Spieker haben dargestellt, wie auf diese Weise die realwirtschaftlichen Ursachen der Euro-Krise bewältigt werden können. Danach müssten die Löhne in Deutschland mindestens für die nächsten zehn Jahre um 4,5 Prozent pro Jahr steigen.

Verdienst unter dem Durchschnitt

Das Statistikamt des Landes hat vorgerechnet, dass die Verdienste im öffentlichen Dienst deutlich unter denen der Privatwirtschaft liegen

Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung				Privatwirtschaft		
Arbeitnehmergruppen	Anteil in Prozent	Bezahlte Wochenarbeitszeit in Stunden	Bruttojahresverdienst in Euro ¹	Anteil in Prozent	Bezahlte Wochenarbeitszeit in Stunden	Bruttojahresverdienst in Euro ¹
Vollzeitbeschäftigte	100 %	40,1	40.905 Euro	100 %	38,5	44.874 Euro
In leitender Stellung	9,9 %	40,2	64.814 Euro	10,8 %	38,6	89.477 Euro
Herausgehobene Fachkräfte	39,7 %	40,1	45.019 Euro	20,4 %	38,4	55.895 Euro
Fachkräfte	43,6 %	40,2	33.823 Euro	44,5 %	38,4	37.833 Euro
Angelernte	5,4 %	40,1	28.305 Euro	17,5 %	38,8	30.588 Euro
Ungelernte	1,4 %	40,4	24.119 Euro	6,9 %	38,5	24.111 Euro

Die Tabelle zeigt: Wochenarbeitszeit und Bruttoverdienst in NRW im Jahr 2010. Quelle IT.NRW, vierteljährliche Verdiensterhebung. ¹ Inklusiv Sonderzahlungen

Im Schnitt rund 9 Prozent liegen die Einkommen im öffentlichen Dienst unter denen der Privatwirtschaft. Diese Zahlen hat IT.NRW, das Statistische Landesamt in Nordrhein-Westfalen, im Juni 2011 vorgelegt. Grundlage sind die statistisch ermittelten durch-

schnittlichen Bruttojahresverdienste der Vollzeitbeschäftigten. Im Kernbereich des öffentlichen Dienstes (Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung) liegen die Jahreseinkommen bei 40.905 Euro. Besonders stark sind die Unterschiede bei den heraus-

gehobenen Fachkräften und Beschäftigten in leitender Stellung. Sie verdienen rund 20 beziehungsweise 27 Prozent weniger. Auch die Arbeitszeit ist mit 40,1 Wochenstunden im öffentlichen Dienst deutlich höher als in der freien Wirtschaft.



Personalausgaben sind nicht schuld am Defizit –

Im Gemeindefinanzbericht steht es schwarz auf weiß: Die Personalkosten sind kaum gestiegen. Die Investitionen in



Die Kommunen geben nur wenig mehr Geld für das Personal aus. Quelle: Gemeindefinanzbericht 2011.

Der Gemeindefinanzbericht 2011 zeigt auf, wie sich in NRW im öffentlichen Dienst die Kosten für die Beschäftigten für soziale Leistungen und Investitionen bis 2011 entwickelt haben. Die Zahlen ab 1995 zeigen einen dramatischen Rückgang bei den Investitionen. Diese sind im Vergleich zu vor elf Jahren sogar gesunken, und dies, obwohl das Geld durch Inflation seitdem rund 27 Prozent weniger

wert ist. Auch die Ausgaben für das Personal sind von 1995 bis heute lediglich um gut zehn Prozent gestiegen, von 40 auf 45 Milliarden Euro. Im gleichen Zeitraum ist das Bruttoinlandsprodukt von 1.848,50 Milliarden Euro auf 2.476,80 Milliarden Euro gestiegen, also um mehr als 25 Prozent. Noch negativer sieht die Rechnung aus, wenn die 27 Prozent Kaufkraftverlust hinzugerechnet werden. ⇒



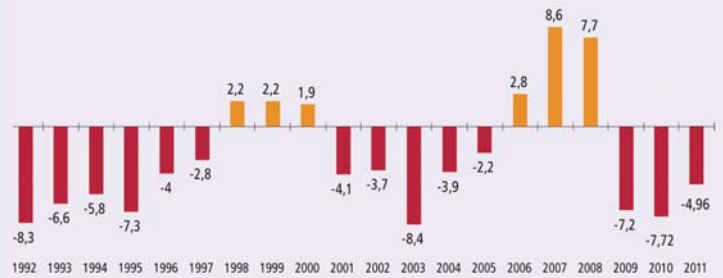
Das Geld fließt, aber nicht zu den Kommunen

Die meisten Kommunen leiden unter riesigen Defiziten und Schulden. Eine Ursache: Die Gemeinden verlieren viel Geld durch Steueränderungen und Reformen, die die Zuweisungen von Bund und Land sinken lassen

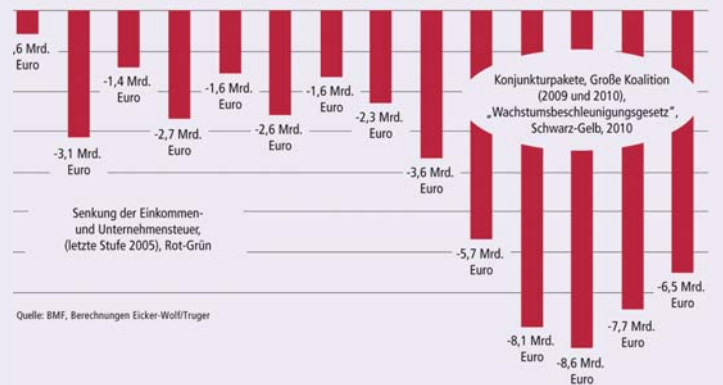
Der Gemeindefinanzbericht des Statistischen Bundesamtes belegt, dass die Haushaltslage der Kommunen von deutlichen Defiziten geprägt ist. Bundeskanzlerin Angela Merkel weiß Bescheid: „Wir haben über unsere Verhältnisse gelebt.“ Ihre Botschaft: Wir müssen sparen. Damit das auch auf jeden Fall klappt, haben sich Bund und Länder eine Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben. Die Gemeinden in Deutschland sparen, und machen trotzdem ein riesiges Defizit. Sie geben mehr Geld aus als sie einnehmen.

Die Ausgaben blieben über einen langen Zeitraum gleich, sie sind zeitweise sogar gesunken und erst ab 2007 wieder gestiegen. Da es sich um nominale Werte handelt, die Preissteigerung also nicht berücksichtigt ist, entspricht dies real

einem Rückgang, der auch für die Staatsausgaben insgesamt gilt. Gleichzeitig sind die Einnahmen immer wieder durch plötzliche Sprünge gesunken. Diese Einnahmeeinbrüche sind zum einen durch die wirtschaftliche Entwicklung aber auch durch Veränderungen im Steuerrecht verursacht. Steuerreformen sorgen für verringerte Zuweisungen vom Bund und Land. Die Kommunen brauchen dringend mehr Geld, um ihre Aufgaben bewältigen zu können. Die Ausgaben lassen sich nicht weiter kürzen. Im Gegenteil: Die Kommunen müssen wieder Geld in die Hand nehmen können, für qualifiziertes Personal, für Investitionen in die Infrastruktur, für den Erhalt der sozialen und kulturellen Angebote, die das Leben in einer Gemeinde überhaupt erst lebenswert machen.



Ohne Moos nichts los: Bis auf wenige Jahre läuft es für die Gemeinden in Deutschland immer wieder auf ein Defizit hinaus, die Schulden steigen. Quelle: Statistisches Bundesamt 2011, Gemeindefinanzbericht. Angaben in Milliarden Euro.



Einnahmeausfälle der Gemeinden durch Steueränderungen seit 1998. Belastend wirkten auch Steuersenkungen, die mit den Konjunkturpaketen 2009 und 2010 einhergingen. Quelle: BMF, Berechnungen Eicker-Wolf/ Truger

Die Gemeinden sparen bei den Beschäftigten

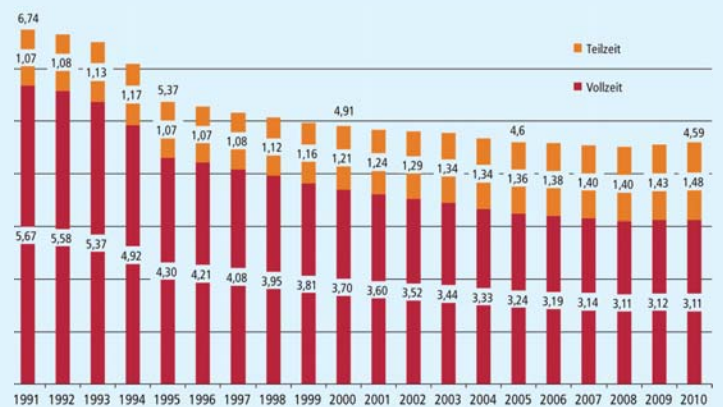
den Gemeinden sind sogar zurückgegangen. Die Ursachen für die Defizite in den Haushalten liegen woanders

⇒ Unterm Strich bleibt: Die Gemeinden sparen massiv beim Personal.

Ein Drittel weniger Beschäftigte seit 1991

Eine Ursache dafür ist der massive Stellenabbau im öffentlichen Dienst. Seit 1991 wurde etwa ein Drittel aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst abgebaut. Gleichzeitig bauten die Kommunen in

Deutschland Teilzeitarbeitsverhältnisse aus. Die Arbeit wurde in den vergangenen Jahren nicht weniger. Dünn wurde nur die Personaldecke. Damit hat sich der Druck auf den einzelnen Beschäftigten erhöht. Zeit, dass sich das auch im Entgelt zeigt. Die Statistiken zeigen aber auch ganz deutlich: Die Personalausgaben sind nicht die Ursache für die Haushaltsdefizite.



Von 1991 bis 2010 hat sich die Zahl der Vollzeitstellen im öffentlichen Dienst in Deutschland fast halbiert. Angabe in Millionen. Quelle: Statistisches Bundesamt





Die Wirklichkeit des Stärkungspaktes

Das zusätzliche Geld vom Land NRW hilft. Doch der Stärkungspakt ist viel zu klein. 2011 fehlten den Gemeinden in NRW noch 422 Millionen Euro. Ein riesiges Defizit, das in den kommenden Jahren noch größer werden wird. Der Stärkungspakt ist keine Lösung. Er erhöht vielmehr den Druck auf die Gemeinden, noch stärker zu kürzen. Die Lösung wären mehr Steuern, etwa durch eine stärkere Besteuerung der Vermögen.

Angesichts der Schulden meinen viele, in den Städten gibt es noch Spielraum, um weiter konsolidieren zu können. Aber in vielen Städten wird seit 10, in manchen sogar seit über 20 Jahren konsolidiert, was nichts anderes heißt, als zu kürzen. Es ist Realitätsverweigerung nach Jahrzehnten des Streichens, Privatisierens und Verkaufens noch immer zu hoffen, die Schulden seien durch Streichungen bei den Aufgaben abzubauen. Die gewaltigen Summen, die durch die Steuerpolitik der rot-grünen Bundesregierung und ihrer Nachfolger seit 2000 den Kommunen entzogen wurden, sind viel zu hoch. Schon jetzt sind 21 Milliarden Euro an Kassenkrediten aufgelaufen, Tendenz weiter steigend. Für 2020 prognostiziert die Forschungsgesellschaft für Raumfinanzpolitik 50 Milliarden Euro Kassenkredite.

Das Stärkungspaktgesetz für NRW wird daran voraussichtlich nichts ändern. In zehn Jahren sollen 5,84 Milliarden Euro zur Unterstützung aller Kommunen mobilisiert werden. Seit 2000 fehlen den Kommu-

nen in NRW jährlich 2,5 bis 3 Milliarden Euro an Steuermitteln. So ist in den 34 zur Teilnahme am Stärkungspakt verpflichteten Kommunen in 2011 ein Fehlbetrag von rund 772 Millionen Euro entstanden.

Die Landeshilfe beträgt 350 Millionen, unterm Strich fehlen immer noch 422 Millionen Euro. Die sollen von den 34 Kommunen eingespart werden. Wie soll das gehen? Sollen den Bürgerinnen und Bürgern in großem Umfang Dienstleistungen gestrichen, Beiträge und Gebühren erhöht werden? Im Bundesvergleich sind die NRW-Kommunen bei der Investitionssumme je Einwohner schon jetzt Letzte, wie die beiden Wirtschaftsexperten Kai Eicker-Wolf und Achim Truger ermittelt haben. Dabei gibt es genug zu tun. Straßen sind nach zwei harten Wintern in einem beklagenswerten Zustand. Der öffentliche Nahverkehr ist dringend auszubauen, soll der Verkehrskollaps in den Städten verhindert werden.

Neue Steuerpolitik ist die Lösung

Richtig ist und bleibt, durch die verfehlte Steuerpolitik wer-

den die Kommunen in NRW kontinuierlich in die Schulden getrieben. Bund und Land sind hier in der Pflicht, eine Trendwende beispielsweise durch eine stärkere Vermögensbesteuerung herbeizuführen. Ebenso muss das Land den Anteil der Kommunen an seinem Steueraufkommen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleiches erhöhen. Dies ist ein Baustein, um der chronischen Unterfinanzierung der Kommunen zu begegnen. Hierzu ist der finanzielle Spielraum des Landes gegeben. (Mehr zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 in der nächsten Ausgabe.)

Die Wirklichkeit: Streichungen gehen weiter

Erste Hinweise aus den 34 Städten lassen erkennen, Privatisierung, Streichungen bei den Theatern und Personalabbau werden forciert. Und das obwohl der seit Jahren anhaltende Stellenabbau längst zu einer besorgniserregenden Altersstruktur führte. Die Arbeitsmengen wachsen ebenfalls stetig. Überlastungen und Erkrankungen nehmen zu.

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat im Be-

richt „Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit 2010“ die Überalterung des öffentlichen Dienstes festgestellt.

Druck steigt, Belastung nimmt zu

Die Untersuchung ergab ebenfalls, dass bei Betrachtung der psychischen Arbeitsbedingungen die Anforderungen im öffentlichen Dienst zum Teil erheblich größer sind als in anderen Bereichen. Bei gesundheitlichen Beschwerden, die eng mit psychischen Belastungen in Verbindung gebracht werden, zeigen sich erhöhte Werte. Genannt werden Kopfschmerzen, nächtliche Schlafstörungen, allgemeine Müdigkeit und Nervosität oder Reizbarkeit.

Impressum
V.i.S.d.P.: Michael Wiese,
Landesfachbereichsleiter Gemeinden,
Karlstr. 123-127, 40210 Düsseldorf
Redaktion: Jutta Ahrweiler, Martin
Nees, Martina Neubner, Heinz Rech
Fotos S.1, S.2: Herbert Weber, S.2 und
S.3 unten Christian Derksen
Gestaltung, Satz: Manfred Horn
Kontakt: Heinz Rech,
Landesfachbereich Gemeinden
0211. 61824 320, heinz.rech@verdi.de

ver.di



Aktiv werden – Kommunen in Not!

Mitglied werden: www.mitgliedwerden.verdi.de

Mehr News: www.gemeinden.nrw.verdi.de